

## EVP-Nationalrätinnen

Maja Ingold ZH

maja.ingold@parl.ch

079 339 23 22

Marianne Streiff BE

marianne.streiff@parl.ch

079 664 74 57

# Sessionsbericht Nr. 25 / Herbst 2016

Zwei Themenkreise und folglich zwei Debatten standen in dieser Herbstsession 2016 im Mittelpunkt unserer Verhandlungen, im Interesse der politikinteressierten Bürgerinnen und Bürger und natürlich im Fokus der Medien. In der ersten Woche hielt uns das Gesetz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative MEI auf Trab. Die letzte Woche beschäftigte uns die künftige Ausgestaltung und Finanzierung der Altersvorsorge, konkret der 1. und 2. Säule. Zwei Vorlagen, die bereits im Vorfeld der parlamentarischen Behandlung für enorm viel Gesprächs- und Zündstoff sorgten. Ausserdem wurde mit der Energiestrategie endlich auch ein Entscheid Richtung Atomausstieg beschlossen. Liebe Leserinnen und Leser, gerne berichten wir wieder möglichst sachlich über Geschäfte und Themen, die uns EVP-Nationalrätinnen wichtig sind und Sie vielleicht interessieren.



Werben für eine Grüne Wirtschaft: Wir haben nur eine Erde, lassen wir sie nicht fallen!



### IN DIESEM BERICHT:

Zuwanderung (MEI).....	2
Ausländer- und Integrationsgesetz.....	3
Abfuhr für Freiwillige Fahrdienste.....	4
Kant. Steueramnestien?.....	4
Keine Sparmassnahmen bei den Bauern.....	5
Energiestrategie.....	6
Altersvorsorge 2020.....	7
Gut gemeinte Vorstösse.....	7

Links zur Website der EVP Schweiz  
und Informationen zur nationalen Politik:

[www.evppev.ch](http://www.evppev.ch)

<https://www.parlament.ch/de>

Parlamentarische Vorstösse EVP  
Nationalrätinnen:

[Maja Ingold >>>](#)

[Marianne Streiff >>>](#)

## Zuwanderung – Der Nationalrat vermeidet bei der Zuwanderung die Konfrontation mit der EU

Was die staatspolitischen Kommission SPK anfangs September 2016 zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) vorgeschlagen hatte, beschloss der Nationalrat in der ersten Sessionswoche. Die Mehrheit stimmte für den „Inländervorrang light“, der mit dem Freizügigkeitsabkommen vereinbar ist. Ein Kompromiss, dem letztlich alle Fraktionen mit Ausnahme der SVP zustimmten. In der Schlussabstimmung wurde die Gesetzesänderung mit 126 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Vorgesehen sind drei Stufen von Massnahmen. Zunächst muss der Bundesrat dafür sorgen, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt wird. Dadurch soll die Zahl der Arbeitslosen reduziert und der Hunger der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften etwas gedämpft werden.

In einem zweiten Schritt kann der Bundesrat anordnen, dass Arbeitgeber offene Stellen zunächst dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) melden müssen. Eine Pflicht zur Anstellung inländischer Arbeitskräfte ist damit nicht verbunden. Dieser so genannte "Inländervorrang light" kommt zum Zug, sobald die Zuwanderung ein bestimmtes Niveau überschreitet.

Als dritte Stufe kann der Bundesrat bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen "geeignete Abhilfemassnahmen" beschliessen. Diese dürften aber nur mit Zustimmung der EU in Kraft gesetzt werden. Stimmt der gemischte Ausschuss zu, könnte die Schweiz auch Höchstzahlen einführen.

Einseitige Massnahme wie Kontingente oder Höchstzahlen sind in der Vorlage des Nationalrates nicht vorgesehen. Damit weicht sie stark von den Vorschlägen des Bundesrats ab. Dieser hat für den Fall, dass mit der EU keine Einigung zu Stande kommt, eine einseitige Schutzklausel vorgeschlagen. Bei Überschreitung eines bestimmten Schwellenwertes würde die Zuwanderung damit zahlenmässig begrenzt.



(Bild: Nils Fisch, aus Tages Woche)

Diese Zuwanderungs-Vorlage löste bereits im Vorfeld viele Emotionen aus. Marianne wurde „beglückt“ mit Flugblättern mit den Bildern der SPK-Mitglieder unter dem Titel „Totengräber der Demokratie“, bösartigen Mails, aber auch mit Dankeschreiben von Bürgerinnen und Bürgern. Auch die Ratsdebatte verlief entsprechend. Die gegnerischen Lager schenken sich nichts. Die Emotionen gingen derart hoch, dass Ratspräsidentin Christa Markwalder zu gegenseitigem Respekt aufrufen musste.

Die von der SPK vorgeschlagene Lösung sei ein in "Hochglanz verpackter Verfassungsbruch" mit dem der Volkswille klar missachtet und die direkte Demokratie beerdigt würde, kritisierte die eine Seite (die aber selber in einem späteren Geschäft verfassungswidrige Steueramnestien beschloss). Das Parlament tue nichts anderes, als einen Normenkonflikt zu lösen, entgegnete die andere Seite.

Gut sieben Stunden dauerte die Debatte zum Umsetzungskonzept der SPK, das stark vom Konzept des Bundesrats abwich. Immerhin beschloss die grosse Kammer einige wenige kleine Korrekturen wie zum Beispiel einen Einzelantrag von Gerhard Pfister, Kurzaufenthalter, die die Schweiz nach höchstens neun Monaten wieder verlassen, von allfälligen Abhilfemassnahmen auszunehmen.

Oder die vom Bundesrat vorgeschlagene härtere Gangart bei der Sozialhilfe: Ausländerinnen und Ausländer, die zur Stellensuche in die Schweiz kommen, haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Wer die Stelle verliert, soll nach einigen Monaten auch sein Aufenthaltsrecht verlieren. Der Nationalrat halbierte die Fristen gegenüber dem Bundesrat, was laut Sommaruga mit dem Freizügigkeitsabkommen nicht vereinbar ist. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Gemäss Auskunft einiger Mitglieder der kleinen Kammer werden diese versuchen, eine striktere Annäherung an den Verfassungstext vorzuschlagen, die aber die bilateralen Verträge auch nicht gefährden sollte.

## Ausländer- und Integrationsgesetz, neue Regeln

„Absturzgefahr für die Vorlage für eine bessere Integration von Ausländerinnen und Ausländern“ titelte kurz vor Sessionsbeginn die Schweizerische Depeschagentur ihren Artikel zur Medienmitteilung der Staatpolitischen Kommission SPK. Und zwar, weil diese die bundesrätliche Vorlage zur Integrationspolitik in der Gesamtabstimmung nach 3 Sitzungstagen ablehnte. Bundesrat und Ständerat wollen die Integration von Ausländerinnen und Ausländern nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ verstärken. Für den einen Teil der Kommissionsmehrheit ging das „Fördern“, für den anderen Teil das „Fordern“ zu weit.

Einig war man sich im Grundsatz: Ausländerinnen und Ausländer sollen sich in der Schweiz integrieren. Es ist richtig, dass wir Integration einfordern, aber wenn die Kriterien erfüllt werden, dann soll auch die entsprechende Aufenthaltsbewilligung erteilt werden. Ein möglichst hoher Grad an Integration der Menschen, die hier und Teil unserer Gesellschaft sind, ist auch für die EVP ein wichtiges erstrebenswertes Ziel. „Die Menschen, die bei uns leben, sollen Teil unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens sein. Deshalb müssen wir einerseits Integration möglich machen, sie andererseits aber auch einfordern“ wurde im Rat gesagt.



### Votum von Marianne zur Gesamtabstimmung

*„Im Namen der CVP-Fraktion bitte ich Sie, diesem Gesetz zuzustimmen. Die Integration von Ausländerinnen und Ausländern gehört zu den grossen gesellschaftlichen und politischen Projekten, von deren Gelingen oder Scheitern sehr viel abhängt. Integration ist nicht eine Frage der Menge, Herr Glarner! Integration ist die Art und Weise, wie wir mit unseren ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern umgehen, was wir von ihnen fordern und wie wir sie fördern. Das nun abstimmungsreife Gesetz, dessen Zustandekommen uns über Jahre beschäftigt hat, hat in der Umsetzung Erfolgspotenzial. Die Kantone wünschen*



Der Ausgang der Debatte und damit das Schicksal der Gesetzesänderung war ungewiss. Marianne vertrat zusammen mit Ruth Humbel die Haltung der CVP Fraktion und damit die entsprechenden Minderheitsanträge. Im Plenum resultierte nun ein deutliches Ja: Mit 113 Stimmen zu 65 Stimmen bei 5 Enthaltungen hiess der Rat die Vorlage gut. Dagegen stellte sich nur die SVP, SP und Grüne votierten nun auch dafür, weil der Nationalrat - anders als die Kommission - auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug verzichtete. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.



*dieses Gesetz, und sie warten darauf. Zugegeben, das Seilziehen um die richtige Balance zwischen Fordern und Fördern war zäh und aufreibend, und es gibt Punkte in diesem Gesetz, die mir auch nicht gefallen. So ergeht es wohl den meisten hier im Saal. Weil aber hier ein allseits mitgetragener Kompromiss chancenlos ist, sollten wir trotz unerfüllten Forderungen diesem nun entstandenen Regelwerk zustimmen und es in der Anwendung auf seine Praxistauglichkeit testen. Nachdem wir den krassen Entscheid zum Familiennachzug korrigieren konnten, hoffe ich sehr, dass sich die Kolleginnen und Kollegen auf unserer linken Ratsseite einen Ruck geben können und den Entwurf auch unterstützen werden. Mit dieser Gesetzesgrundlage schaffen wir verbesserte Bedingungen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitspotenzials. Mit der Ablehnung der Durchsetzungs-Initiative hat sich das Schweizervolk für die Integration und gegen die Ausgrenzung entschieden, und mit diesem Gesetz zeigen wir, dass das Parlament dieses Signal und den damit verbundenen Auftrag verstanden hat.*

## Keine Befreiung von der Mehrwertsteuer für freiwillige Fahrdienste

Mit 89 zu 83 Stimmen bei 14 Enthaltungen hat der Nationalrat eine Motion von Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) knapp abgelehnt. Freiwillige Fahrdienste von gemeinnützigen Organisationen für Kranke oder Behinderte werden demnach nicht von der Mehrwertsteuer befreit. Federer rechnete vergeblich vor, wie viel Mehrwertsteuer das von ihr präsidierte Rote Kreuz Kt. ZH entrichten müsse. Und sie machte geltend, dass die Transporte in besonders eingerichteten Fahrzeugen heute schon von der Mehrwertsteuer befreit seien. Wir zwei EVP-Kolleginnen haben der Motion zugestimmt. Wir teilen die Haltung, dass freiwillige Arbeit gefördert und nicht behindert werden soll. Finanzminister Ueli Maurer zeigte zwar Verständnis für das Anliegen, empfahl den Vorstoss jedoch trotzdem zur Ablehnung mit dem Hinweis, jede Steuerreduktion ziehe unweigerlich Forderungen nach weiteren Ausnahmen nach sich.



## Bald wieder Steueramnestien in den Kantonen?

Die Wirtschaftskommission des Nationalrates WAK hat per Motion verlangt, die Kantone sollten eine einmalige Steueramnestie durchführen

und dabei Ermässigungen bei den Nachsteuern gewähren dürfen. Hintergrund ist ein Bundesgerichtsentscheid zu einer Steueramnestie im Kanton Tessin. Seither können die Kantone keine Steueramnestien mehr gewähren. Finanzminister Ueli Maurer legte dar, dass der Bundesrat keinen Handlungsbedarf sieht. Bereits heute gebe es die straflose Selbstanzeige. Er sieht auch die Gefahr, dass eine allfällige Gesetzesänderung verfassungswidrig wäre. Gegen den Widerstand des Bundesrates überwies der Nationalrat den Vorstoss der WAK. Das Geschäft geht an den Ständerat. Sagt auch die kleine Kammer Ja, muss der Bundesrat einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Wir von der EVP stellen mehr als verwundert fest, dass ausgerechnet jene Kreise, die an anderer Stelle das Ende der direkten Demokratie heraufbeschwören, wenn die Verfassung nicht buchstabengetreu in die Ausführungsgesetze einfließt, hier ohne mit der Wimper zu zucken bereit ist, Verfassungswidrigkeit in Kauf zu nehmen.

## Kein Land schützt die Bauern stärker als die Schweiz

Geht es nach der Mehrheit im Nationalrat, sollen die Bauern in der nächsten Vierjahresperiode gleich viel Geld vom Staat erhalten wie in der laufenden. Der Bundesrat schlug eine leichte Kürzung vor, wie auch sämtliche andern Bereiche im Stabilisierungsprogramm des Bundes ihren Beitrag leisten müssen. Damit die Bundesfinanzen im Lot bleiben, muss das Wachstum der Bundesausgaben in den kommenden Jahren gedrosselt werden. Dies erfordert in der Landwirtschaft wie in allen andern Ausgabenbereichen Abstriche. Erfolgen sie nicht, muss ein anderer Bereich das kompensieren. Vorgeschlagen von der Ständeratskommission ist schon der Bereich: bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Solche Abwälzungen sind nicht im Interesse der EVP.

Die Argumente des Bauernverbandes im Nationalrat gegen die Kürzung waren wenig fassbar. Die Bauern würden mehr Sicherheit brauchen, und ihre Einkommen sanken. Aber angesichts der mächtigen Lobby war von Anfang an klar, dass für sie die Sparaufträge des Bundes nicht gelten können. Die Mehrheit aus SVP, CVP und BDP zeigten es.

Was ein Landwirt hierzulande verdient, kommt zu 60% vom Staat. Die Schweiz führt die OECD-Staaten an mit dem höchsten Anteil am Bruttoeinkommen. Der Länderdurchschnitt beträgt weniger als 20%. Dank diesem Spitzenplatz kann die einheimische Nahrungsmittelindustrie „billig“ exportieren. Und dank der Exportsubventionen, die zwar den Markt verzerren und z.B. Entwicklungsländer mit unseren Dumpingpreisen aus dem Weltmarkt werfen, bleiben sie konkurrenzfähig.

Dieser ausgeprägte Agrarprotektionismus sollte nicht noch wachsen, deshalb sind wir EVP-Nationalrätinnen skeptisch im Hinblick auf die Interessen der Landwirtschaftslobby. Was wir anerkennen, ist das Anliegen, dass unsere Bauern anständige Einkommen erzielen mit den verschiedenen Subventionen und Direktzahlungen, denn sie sind die Hauptverantwortlichen für die Erhaltung des Kulturlandes, die Landschaftspflege und die Biodiversität. Wir werden aber genau darauf schauen, dass die Mittelvergabe dann auch zugunsten der Direktzahlungen für Biodiversitätsförderflächen und Landschaftsschutz erfolgen und nicht für preisstützende Massnahmen.



## Energiestrategie

Auslöser für eine Strategie war Fukushima. 2 Monate später beschloss der BR, dass in der Schweiz keine neuen AKWs gebaut werden sollen. Er erarbeitete die Energiestrategie 2050 und legte sie 2013 mit einem Massnahmenpaket dem Parlament vor. In der Herbstsession nun wurde die letzte Differenz zwischen NR und SR bereinigt und in der Schlussabstimmung bestätigt.

Viele Forderungen wurden gekippt und verwaschen, die Interessenvertreter brachten erfolgreich ihre Wünsche ein, das Resultat ist ein Paket, in dem einige wichtige Pflöcke eingeschlagen wurden, mit dem aber alle unzufrieden sind. Die Energiewende ist bekräftigt, der energetische Umbau geht vor sich, aber über den Weg bestehen nach wie vor entgegengesetzte Ideen. Gemessen an den energiepolitischen Zielen der EVP genügt ihr die Energiestrategie auch überhaupt nicht, wir haben die meisten Abstimmungen, bei denen wir mehr oder weniger klar auf der Linie der Umweltallianz waren, verloren.

Und das vor allem in Bezug auf die Laufzeiten der AKWs und den Zielkonflikt von Nutzen und Schutz, und zwar mit dem Natur- und Landschaftsschutz. Was nicht angetastet werden sollte, auch wenn sich dort z.B. eine Erneuerbare Energieanlage bauen liesse, eine Windturbine oder ein Kleinwasserkraftwerk, sehen wir deutlich enger als der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit. Es wäre aber eine Illusion, zu meinen, die grüne Allianz würde die Wirtschaft und das Gewerbe überzeugen. Ihnen ist die Versorgungssicherheit so wichtig, dass alle Argumente der Nachhaltigkeit und der Erhaltung von Natur erst in 2. Linie kamen. Das ist die Realität, und die Energiestrategie ist der mehrheitsfähige Kompromiss, der Optionen lässt für die Weiterentwicklung von Massnahmen, um die Strategie zu erfüllen.

### Die wichtigsten beschlossenen Kernpunkte der Energiestrategie:

- Keine neuen AKW: Der Bau von neuen AKW wird verboten
- Die bereits bestehenden AKW dürfen so lange am Netz bleiben, wie die Aufsichtsbehörde ENSI sie als sicher einstuft.
- Bestehende Grosswasserkraftwerke erhalten neu Subventionen, wenn sie Strom unter den Gestehungskosten verkaufen müssen.
- Neu werden auch kleinere Wasserkraftwerke gefördert
- Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind sollen von 3TWh bis 2035 auf 11,4TWh steigen (1/2 heutige AKW Produktion)
- Mehr Geld ins Fördersystem: der Netzzuschlag, den Stromkonsumenten zahlen, steigt auf 2,3Rp (für Familien von 44 auf 100Fr./Jahr). Nach 6 Jahren keine weiteren Anlagen, ab 2031 keine Einmalvergütungen und Investitionsbeiträge mehr
- Energieverbrauch pro Person/Jahr soll bis 2020 16% und bis 2035 43% sinken gegenüber 2000. Der Stromverbrauch 3%/13%
- Gebäudesanierungen werden mit steuerlichen Anreizen stärker gefördert
- Strengere Regeln für Autoimporteure. CO2-Emissionen sollen bis 2020 auf 95gr/Kilometer sinken





## Altersvorsorge 2020 - eine Monsterdebatte der besonderen Art

Man verbringt ein halbes Jahr mit Sitzungen und Zusatzsitzungen der national-rätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Man vertieft sich in das vorgelegte Lösungs-Konzept des Erstrates, des Ständerates. Der ganze Baukasten von möglichen zusätzlichen oder alternativen Massnahmen wird geprüft. Man arbeitet sich nochmals durch die vorliegenden Vorschläge von Bundesrat und Ständerat und diskutiert die Schwachstellen, bringt neue Vorschläge ein, lässt ihre Auswirkungen rechnen von der Verwaltung, verwirft sie wieder und ringt um Kompromisse. Einig mit der CVP-Delegation nahmen wir als EVP das Ziel der Reform Altersvorsorge sehr ernst und orientierten uns am vereinbarten Massstab: Kein Rentenabbau insgesamt! Die Vorlage muss mehrheitsfähig sein in der Volksabstimmung, ein nochmaliges Scheitern ist schlimmer und für die jungen Generationen belastender als jede auch noch so vorläufige Lösung. Und das, weil die Renten auf Grund der angestiegenen Lebenserwartung für eine viel längere Lebensspanne reichen müssen und den „Babyboomern“, die jetzt in Rente gehen eine sinkende Zahl von Erwerbstätigen gegenübersteht, die schliesslich mit ihren Lohnbeiträgen für die Finanzierung der Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen. Das meint das vielberühmte Umlageverfahren der AHV. Die SGK schloss ihre Vorbereitungsarbeit ab mit zwei kompletten Lesungen, Hunderten von Seiten von Protokollen, Berichten und dem Antrag ans Plenum (über 180 Seiten).



Bildquelle: soaktuell.ch

Ergebnis nach einer knappen Woche hitziger Debatten: Keine Verbesserung der Ehepaarrenten, keine Erhöhung der AHV-Renten um 70Fr. als Kompensation zur Senkung des Umwandlungssatzes in der ersten Säule, dafür eine Milliarde Fr. Mehrkosten im BVG zu Lasten der Jungen und weniger Verdienenden und eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. SVP, FDP und glp haben sich durchgesetzt mit einem völlig anderen Konzept, das noch 24 Stunden vor Beginn der Debatte nicht vorlag, schon gar nicht fehlerfrei gerechnet war und Elemente aufgriff, die zuvor mit stichhaltigen Begründungen verworfen worden waren.

LEIDER NEIN:

Zwei Motionen mit guten Ideen aber realitätsferner Umsetzung

[Aebi: Migrationsstrom am Mittelmeer an der Wurzel bekämpfen \(15.3688\)](#)

*Der BR soll sich im Rahmen der UNO dafür einsetzen, dass an einem geeigneten libyschen Küstenstreifen eine UNO-kontrollierte entmilitarisierte Zone errichtet wird für Flüchtlinge, die auf die Überfahrt in gefährlichen Schlepperbooten verzichten oder in solchen aufgegriffen werden. Ziel ist die Austrocknung des Schlepperwesens. Das ist gut gemeint, aber laut Bundesrat aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar. Libyen müsste als Staat zustimmen oder der Sicherheitsrat der UNO müsste eine solche Massnahme autorisieren, aber die Schweiz ist dort nicht Mitglied. Ausserdem müsste die UNO die Zone militärisch sichern. Und letztes: es ist zu bezweifeln, dass die Flüchtlinge sich freiwillig dort festhalten liessen, gegen ihren Willen. Das ist mit dem Recht auf Bewegungsfreiheit (UNO-Pakt II) unvereinbar. Die Motion wurde vom Rat abgelehnt.*

[Von Siebenthal: Schutz der religiösen Minderheiten in den jeweiligen Staaten \(14.3826\)](#)

*Der BR soll sich für den Schutz religiöser Minderheiten in ihrem Heimatland einsetzen, in dem bei der Mittelzuweisung der vorhandenen Kredite der Entwicklungspolitik die Gruppierungen der Zivilgesellschaft in diesen diskriminierenden Staaten wesentlich stärker einbeziehen und die religiösen Minderheiten verstärkt berücksichtigen. Der Bundesrat hat sich schon in 5 Vorstössen zu Fragen aus dem Kontext Entwicklungszusammenarbeit und Religionsfreiheit sowie Minoritäten geäussert. Zum Schutz der Religionsfreiheit beteiligt sich die Schweiz aktiv in den zuständigen Gremien internationaler Organisationen und unterstützt Resolutionen im Menschenrechtsrat und in den GV der Vereinten Nationen. Er fordert*

Der Coup gelang auf Anhieb, und so liegt nun ein beschlossenes alternatives Konzept vor, das zwar die Vorgabe des Rentenerhalts erfüllt, aber mit dem Ausschalten der ganzen Linken bis Mitte plus Ständerat denkbar weit weg vom Ziel eines Konsenses liegt. Ausserdem hat dieses unseriöse Schnellschuss-Vorgehen die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Arbeit überstrapaziert. Die Titel in den Medien wie z.B. „Politiker sehen im AHV-Quiz alt aus“ zeigen einmal mehr, dass nicht eine verantwortungsvolle Arbeitskultur und Disziplin honoriert wird, sondern im Gegenteil ihr Nichtrespektieren mit Lastminute-Anträgen, die überdies nicht einmal aus der Feder von Parlamentariern kommen sondern eines Wirtschaftsverbandes. Gut, dass sie dann doch nicht das letzte Wort haben werden, sondern der Ball liegt jetzt wieder beim Ständerat.

[Votum](#) Maja für die Fraktion



Vom 14. Oktober bis 26. November geht's auch aussen bunt zu und her....

## In dieser Session eingereichte Vorstösse

### Vorstösse Maja Ingold:

[16.3709 Motion](#) Gesundheitskosten senken durch Hilfe zur Selbsthilfe

[16.3708 Interpellation](#) Verantwortung für öffentliche Gelder bei Entwicklungsf  
Finanzinstitutionen

### Vorstösse Marianne Streiff

[16.3635 Interpellation](#) Zukunft der Psychiatrie

## Alle eingereichten Vorstösse der EVP Nationalrätinnen

[Link zu den Vorstössen von Maja Ingold](#)

[Link zu den Vorstössen von Marianne Streiff](#)

*die betroffenen Länder auf, die Rechte religiöser und ethnischer Minderheiten zu respektieren. Und dass die betreffenden Staaten alles zur Verhinderung von Massakern gegen Christen und andere Minderheiten unternehmen inkl. die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Es ist aber nicht das Ziel der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, Regierungen zu unterstützen, sondern die benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Und dies gemäss der strikten Anwendung der vier humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Unparteilichkeit. Die humanitäre Hilfe richtet sich nach den Bedürfnissen der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen ohne Unterscheidung von Politik, Hautfarbe, Ethnie oder Religion. Der Bundesrat will die Motion deshalb nicht übernehmen, ist aber bereit, die Situation bedrohter religiöser Minderheiten sowie diesbezüglich ergriffener Massnahmen im Rahmen des aussenpolitischen Berichtes in Zukunft stärker zu beleuchten. Die Motion wurde vom Rat abgelehnt*

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.

Maja Ingold    Marianne Streiff



Impressum:

Verfasst und gestaltet von  
Maja Ingold und Marianne Streiff